

AK Anderl: „Nein zu Steuergeschenken für sehr reiche Menschen!“

2022-01-14 11:54

Die AK ist für die Beibehaltung der Kapitalertragssteuer auf realisierte Wertpapiergewinne

„Das können wir uns nicht leisten“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl und stellt sich gegen die Vorschläge von Finanzminister Magnus Brunner. Der Finanzminister hat in einem Trend-Interview angekündigt, dass er die Gewinnsteuer auf langfristige Aktiengewinne abschaffen will. Die Verteilungsdaten der Nationalbank zeigen ganz klar, dass von der vom Finanzminister geplanten Maßnahme vor allem die reichsten 10 Prozent der österreichischen Haushalte profitieren würden. Dem Staat werden dadurch 200 bis 300 Millionen Euro jährlich fehlen. „Dieses Geld brauchen wir an so vielen Stellen, etwa für wichtige Aufgaben, im Pflegebereich, im Bereich Bildung, in der Armutsbekämpfung oder in der Klimapolitik“, sagt Anderl.

Eine Wiedereinführung der Spekulationsfrist – wie vom Finanzminister geplant – ist aus AK-Sicht ein Rückschritt. „Wir haben ohnehin schon eine Schieflage in der Steuerstruktur“, sagt Anderl. Kapitalerträge sind mit 27,5 Prozent Kapitalertragssteuer gegenüber der Erwerbsarbeit bereits jetzt steuerlich begünstigt. „Die Regierungspläne würden diese Schieflage weiter verschärfen.“ Dabei wäre es wichtig, durch eine Steuerstrukturreform die Schieflage besser auszugleichen: durch höhere Steuern auf Vermögen und niedrigere auf Arbeit. „Wir erwarten vom Finanzminister, sich um Verbesserungen für alle ArbeitnehmerInnen zu kümmern und nicht Steuergeschenke an sehr wenige sehr reiche Menschen zu verteilen“, sagt Anderl.